



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

79. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 17. Juli 2025

Nummer 33

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
1101 2005	10.07.2025	Gesetz zur Stärkung der Sicherheit im Landtag Nordrhein-Westfalen	646
216	10.07.2025	Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW	647
223	10.07.2025	Gesetz zur Änderung des Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetzes NRW	648
301	08.07.2025	Elfte Verordnung zur Änderung der eAkten-Verordnung in Hinterlegungssachen	649
65	10.07.2025	Gesetz zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen – ASEG NRW)	653

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter des Landes NRW (GV. NRW.) und die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Ministerialblätter für das Land NRW (MBl. NRW.) und die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW (<https://lv.recht.nrw.de>) und im Internet (<https://recht.nrw.de>) zur Verfügung.

1101
2005

**Gesetz
zur Stärkung der Sicherheit im Landtag
Nordrhein-Westfalen**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Gesetz
zur Stärkung der Sicherheit im Landtag
Nordrhein-Westfalen**

Vom 10. Juli 2025

1101

**Artikel 1
Änderung des Abgeordnetengesetzes
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Das Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 252), das zuletzt durch Gesetz vom 8. April 2025 (GV. NRW. S. 396) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 Satz 6 wird durch folgenden Satz 6 ersetzt:

„Einzelheiten über den Umfang und die Voraussetzungen für den Ersatz von Aufwendungen, über nicht abdingbare Mindestvorschriften für den Arbeitsvertrag und sonstige Fragen regeln dieses Gesetz, das Haushaltsgesetz und die vom Ältestenrat zu erlassenden Ausführungsbestimmungen.“

- b) Absatz 4 wird durch folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Vor Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses im Sinne des Absatzes 3 holt die Landtagsverwaltung eine unbeschränkte Behördenauskunft aus dem Bundeszentralregister zu dem oder der zu Beschäftigenden ein. Der Umfang der Auskunft richtet sich nach § 41 des Bundeszentralregistergesetzes. Voraussetzung für die Entstehung des Aufwendersatzes nach Absatz 3 Satz 1 ist das Vorliegen einer unbeschränkten Behördenauskunft, die keinen Eintrag wegen einer vorsätzlichen Straftat enthält. Über das Vorliegen eines solchen Eintrags hinaus darf der Inhalt der Auskunft dem Mitglied des Landtags nur mit Einwilligung der oder des Betroffenen offenbart werden. Auf Antrag des Mitglieds des Landtags kann der Aufwendersatz trotz eines Eintrages wegen einer vorsätzlichen Straftat gezahlt werden, wenn eine Gefährdung parlamentarischer Rechtsgüter im konkreten Einzelfall nach Abwägung aller Umstände nicht zu befürchten ist. Zu den parlamentarischen Rechtsgütern zählen insbesondere die Funktionsfähigkeit und Würde des Parlaments, die körperliche Unversehrtheit der sich im Landtag aufhaltenden Personen sowie die Wahrung der parlamentarischen Ordnung. Die Entscheidung trifft die Präsidentin bzw. der Präsident im Benehmen mit dem Präsidium; dies gilt entsprechend für Widerruf und Rücknahme der Entscheidung.“

- c) Nach Absatz 4 werden folgende Absätze 4a und 4b eingefügt:

„(4a) Die Einholung einer unbeschränkten Behördenauskunft aus dem Bundeszentralregister ist auch Voraussetzung für die Erteilung von Zugangsrechten an Beschäftigte von Abgeordneten zu den Einrichtungen des Landtags, insbesondere den Gebäuden und IT-Systemen. Absatz 4 Satz 2 und 4 gelten entsprechend. Sofern eine Gefährdung parlamentarischer Rechtsgüter im Sinne des Absatzes 4 Satz 6 zu befürchten ist, die sich aus der Auskunft aufgrund von Eintragungen ergibt oder auf anderen tatsächlichen Umständen beruht, kann der Zugang zu den Einrichtungen des Landtags ganz oder teilweise versagt werden; dies gilt auch, soweit der Landtag nachträglich Kenntnis von solchen Umständen erlangt. Das Mitglied des Land-

tags ist zuvor anzuhören; es hat die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

(4b) Die im Rahmen der Einholung der unbeschränkten Behördenauskunft erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur zum Zweck der Entscheidung über die Gewährung von Aufwendersatz und die Erteilung von Zugangsrechten verwendet werden. Die Daten sind nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit dem Mitglied des Landtags, im Übrigen nach Ablauf von zwei Jahren nach Abschluss des Verfahrens zu löschen.“

2. Nach § 17a wird folgender § 17b eingefügt:

„§ 17b

Störung der Ordnung in den Gebäuden des Landtags

Wegen einer nicht nur geringfügigen Verletzung der Hausordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen kann die Präsidentin bzw. der Präsident gegen ein Mitglied des Landtags ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro festsetzen. Im Wiederholungsfall erhöht sich das Ordnungsgeld auf 2.000 Euro; ein Wiederholungsfall liegt vor, wenn das betroffene Mitglied innerhalb von zwölf Monaten erneut Anlass für die Festsetzung eines Ordnungsgeldes wegen einer nicht nur geringfügigen Verletzung der Hausordnung gegeben hat. Zuständiges Gericht für Streitigkeiten über Maßnahmen und Festsetzungen nach den Sätzen 1 und 2 ist der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen.“

Artikel 2

Änderung des Fraktionsgesetzes

Das Fraktionsgesetz vom 18. Dezember 2001 (GV. NRW. S. 866), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2022 (GV. NRW. S. 230) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 4 wird durch folgenden Absatz 4 ersetzt:

„(4) Die Fraktionen können Beschäftigungsverhältnisse mit Dritten eingehen sowie Aufträge vergeben. Vor der Erteilung von Zugangsrechten an Beschäftigte von Fraktionen zu den Einrichtungen des Landtags, insbesondere den Gebäuden und IT-Systemen, holt die Landtagsverwaltung eine unbeschränkte Behördenauskunft aus dem Bundeszentralregister ein. Der Umfang der Auskunft richtet sich nach § 41 des Bundeszentralregistergesetzes. Sofern eine Gefährdung parlamentarischer Rechtsgüter im Sinne des § 6 Absatzes 4 Satz 6 des Abgeordnetengesetzes zu befürchten ist, die sich aus der Auskunft aufgrund von Eintragungen ergibt oder auf anderen tatsächlichen Umständen beruht, kann der Zugang zu den Einrichtungen des Landtags ganz oder teilweise versagt werden; dies gilt auch, soweit der Landtag nachträglich Kenntnis von solchen Umständen erlangt. Über das Vorliegen eines Eintrags hinaus darf der Inhalt der Auskunft der Fraktion nur mit Einwilligung der oder des Betroffenen offenbart werden. Die Fraktion ist zuvor anzuhören; sie hat die notwendigen Auskünfte zu erteilen.“

- b) Absatz 5 wird durch folgenden Absatz 5 ersetzt:

„(5) Die im Rahmen der Einholung der unbeschränkten Behördenauskunft erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur zum Zweck der Entscheidung über die Erteilung von Zugangsrechten verwendet werden. Die Daten sind nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit der Fraktion, im Übrigen nach Ablauf von zwei Jahren nach Abschluss des Verfahrens zu löschen.“

2005

Artikel 3

Änderung des Landesorganisationsgesetzes

Das Landesorganisationsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli 1962 (GV. NW. 1962 S. 421), das

zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 633) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 1 Absatz 2 Buchstabe a) wird durch folgenden Buchstaben a) ersetzt:

„a) für die Verwaltung des Landtags und den Landesrechnungshof, unbeschadet ihrer Stellung als oberste Landesbehörden, sowie für die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter,“

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2025 in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juli 2025

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Der Minister des Innern

Herbert R e u l

– GV. NRW. 2025 S. 646

216

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW

Vom 10. Juli 2025

Artikel 1

Das Landeskinderschutzgesetz NRW vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 509) wird wie folgt geändert:

1. § 8 Absatz 3 wird wie folgt neugefasst:

„(3) Die Auswahl der konkreten Fälle für das Qualitätsentwicklungsverfahren erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Die Jugendämter können zusätzlich weitere konkrete Fälle für das Qualitätsentwicklungsverfahren auswählen.“

2. Nach § 17 wird folgender Teil 8 eingefügt:

Teil 8

Die oder der Beauftragte für Kinderschutz und Kinderrechte des Landes Nordrhein-Westfalen

§ 18

Aufgabenübertragung, Rechtsstellung, Finanzierung und Zusammenarbeit

(1) Die Landesregierung bestellt im Benehmen mit dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des Landtags Nordrhein-Westfalen für die Dauer von fünf Jahren eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(2) Die Stelle der oder des Beauftragten wird bei dem für Kinder und Jugend zuständigen Ministerium eingerichtet.

(3) Die beauftragte Person ist in Ausübung ihrer Aufgaben unabhängig, fachlich weisungsungebunden und nur dem Gesetz unterworfen.

(4) Das Land stellt die für die Erfüllung der Aufgaben nach § 19 notwendige Personal- und Sachausstattung nach Maßgabe des Haushalts zur Verfügung.

(5) Die Landesbehörden und alle sonstigen öffentlichen Stellen des Landes unterstützen die Beauftragte oder den Beauftragten bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Auch die Kommunalverwaltungen können entsprechende Unterstützungsleistungen erbringen.

§ 19

Aufgaben

(1) Die oder der Beauftragte nimmt folgende Aufgaben wahr, um den Schutz, sowie die Wahrung und Förderung der Rechte von Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Weitervermittlung der Anliegen von Kindern und Jugendlichen, ihren Interessenvertretungen sowie von Betroffenen jeder Form von Gewalt im Kindes- und Jugendalter und deren Angehörige an geeignete Unterstützungssysteme,
2. Sensibilisierung und Aufklärung über die Belange von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte,
3. Begleitung von Maßnahmen und Vorhaben der Landesregierung und des Landtags in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte,
4. Impulssetzung für die Entwicklung von Maßnahmen in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte, insbesondere mit der Durchführung von Bestands- und Defizitanalysen,
5. Schaffung von Formaten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sowie Unterstützung Dritter bei der Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsformaten,
6. Förderung der Kooperation und des Austausches zwischen zivilgesellschaftlichen, staatlichen oder sonstigen Akteuren in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte und
7. Schaffung von Formaten der Beteiligung von Betroffenen von jeder Form der Gewalt im Kindes- und Jugendalter.

(2) Landtag und Landesregierung hören die Beauftragte oder den Beauftragten zu grundsätzlichen Angelegenheiten des Kinderschutzes und der Kinderrechte an und beteiligen diese oder diesen bei der Entwicklung von Vorhaben und Weiterentwicklung von Maßnahmen in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte.

§ 20

Grundsätze der Aufgabenwahrnehmung

(1) Bei der Aufgabenwahrnehmung werden die Vorgaben des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989, BGBl. 1992 II S. 121 (UN-Kinderrechtskonvention) zum Schutz, zur durchgängigen Beteiligung sowie zur Förderung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Dabei sind den heterogenen Lebens- und Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen, sowie der Förderung inklusiven Kinderschutzes ausreichend Rechnung zu tragen.

(2) Bei der Aufgabenwahrnehmung werden alle Formen von physischer, psychischer, sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie Vernachlässigung und Machtmissbrauch berücksichtigt.

(3) Die Aufgaben der oder des Beauftragten ergänzen die bestehenden Zuständigkeiten sowie die vorhandenen mit Kinderschutz und Kinderrechten befassen Institutionen. Bei der Aufgabenwahrnehmung soll eine Zusammenarbeit mit dem Landtag, insbesondere der Kinderschutzkommission, erfolgen.

§ 21

Berichtspflicht

(1) Die oder der Beauftragte legt jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode einen Bericht zur Lage des Kin-

derschutzes und zur Wahrung und Förderung der Kinderrechte, sowie jeweils zur Mitte der Legislaturperiode einen Zwischenbericht vor. Er enthält Empfehlungen für erforderliche Maßnahmen und Forschungsbedarfe in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte.

(2) Der Bericht ist der Landesregierung und dem Landtag vorzulegen.

§ 22

Beteiligungsverfahren und Evaluationsklausel

(1) Unter Wahrung der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention, der Beachtung der heterogenen Lebens- und Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen sowie der Anforderungen an einen inklusiven Kinderschutz wird durch die Landesregierung einmalig ein Beteiligungsverfahren zur Stelle der oder des Beauftragten durchgeführt. In dem Verfahren werden Kinder und Jugendliche, die vorhandenen mit Kinderschutz und Kinderrechten befassten Institutionen in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene sowie Betroffene jeder Form von Gewalt im Kindes- und Jugendalter beteiligt.

(2) Dieses Gesetz ist zwei Jahre nach Inkrafttreten zu evaluieren. Über das Ergebnis der Evaluation ist dem Landtag zu berichten.

3. Der bisherige Teil 8 wird Teil 9.
4. Der bisherige § 18 wird § 23 und nach der Angabe „Anwendung“ wird die Angabe „der Teile 1 bis 7“ eingefügt.
5. Der bisherige § 19 wird § 24.

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juli 2025

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Hendrik W ü s t

Der Minister der Finanzen
Zugleich für die Ministerin für Heimat,
Kommunales, Bau und Digitalisierung

Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Der Minister des Innern
Herbert R e u l

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration

Josefine P a u l

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Karl-Josef L a u m a n n

Die Ministerin für Schule und Bildung

Dorothee F e l l e r

Der Minister der Justiz

Dr. Benjamin L i m b a c h

223

Gesetz zur Änderung des Schülerinnen- und Schüler- datenübermittlungsgesetzes NRW

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz zur Änderung des Schülerinnen- und Schüler- datenübermittlungsgesetzes NRW

Vom 10. Juli 2025

Artikel 1

§ 1 des Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetzes NRW vom 17. Oktober 2023 (GV. NRW. S. 1147) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 1

Anwendungsbereich, Rechtsverordnung“

2. In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „7 des Gesetzes vom 16. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 217)“ durch die Angabe „60 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)“ ersetzt.
3. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „zum Ende des Schuljahres“ gestrichen.
 - b) In Satz 3 wird die Angabe „im zweiten Schulhalbjahr“ gestrichen.
4. In Absatz 4 wird die Angabe „zum 10. Juni eines jeden Jahres“ durch die Angabe „vier Wochen zum Ende eines Schuljahres“ ersetzt.
5. Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Das für Arbeit zuständige Ministerium kann die von der Agentur für Arbeit gemäß § 31a Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zu übermittelnden Daten zentral für die nach Landesrecht bestimmten Stellen des Landes entgegennehmen.

Soweit erforderlich, dürfen die nach § 31a Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch übermittelten Datensätze mit den nach § 31a Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch übermittelten Datensätzen abgeglichen werden. Das für Arbeit zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere zu den Sätzen 1 und 2 zu regeln.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juli 2025

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Hendrik W ü s t

Der Minister der Finanzen
Zugleich für die Ministerin für Heimat,
Kommunales, Bau und Digitalisierung

Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Der Minister des Innern
Herbert R e u l

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration

Josefine P a u l

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Karl-Josef L a u m a n n

Die Ministerin für Schule und Bildung
Dorothee F e l l e r

Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft
I n a B r a n d e s

– GV. NRW. 2025 S. 648

301

**Elfte Verordnung zur Änderung der eAkten-
Verordnung in Hinterlegungssachen**

Vom 8. Juli 2025

Auf Grund des § 8 Absatz 2 Satz 2, 3 und 4 des Hinterlegungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 192), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. Dezember 2022 (GV. NRW. S. 1072) geändert worden ist, verordnet das Ministerium der Justiz:

Artikel 1

In der eAkten-Verordnung in Hinterlegungssachen vom 27. November 2023 (GV. NRW. S. 1244), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Mai 2025 (GV. NRW. S. 458) geändert worden ist, erhält die Anlage die aus dem Anhang zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2025 in Kraft.

Düsseldorf, den 8. Juli 2025

Der Minister der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin L i m b a c h

Anlage

Nr.	Gericht
1.	Amtsgericht Aachen
2.	Amtsgericht Ahaus
3.	Amtsgericht Ahlen
4.	Amtsgericht Altena
5.	Amtsgericht Arnsberg
6.	Amtsgericht Bielefeld
7.	Amtsgericht Beckum
8.	Amtsgericht Bergheim
9.	Amtsgericht Bergisch Gladbach
10.	Amtsgericht Blomberg
11.	Amtsgericht Bocholt
12.	Amtsgericht Bochum
13.	Amtsgericht Bonn
14.	Amtsgericht Borken
15.	Amtsgericht Bottrop
16.	Amtsgericht Brakel
17.	Amtsgericht Brilon
18.	Amtsgericht Brühl
19.	Amtsgericht Bünde
20.	Amtsgericht Castrop-Rauxel
21.	Amtsgericht Coesfeld
22.	Amtsgericht Detmold
23.	Amtsgericht Dinslaken
24.	Amtsgericht Dorsten
25.	Amtsgericht Dortmund
26.	Amtsgericht Duisburg
27.	Amtsgericht Duisburg-Hamborn
28.	Amtsgericht Duisburg-Ruhrort
29.	Amtsgericht Dülmen
30.	Amtsgericht Düren
31.	Amtsgericht Düsseldorf
32.	Amtsgericht Emmerich
33.	Amtsgericht Erkelenz
34.	Amtsgericht Eschweiler
35.	Amtsgericht Essen
36.	Amtsgericht Essen-Bohrbeck
37.	Amtsgericht Essen-Steele
38.	Amtsgericht Euskirchen
39.	Amtsgericht Geilenkirchen
40.	Amtsgericht Geldern

41.	Amtsgericht Gelsenkirchen
42.	Amtsgericht Gladbeck
43.	Amtsgericht Grevenbroich
44.	Amtsgericht Gronau
45.	Amtsgericht Gütersloh
46.	Amtsgericht Gummersbach
47.	Amtsgericht Hagen
48.	Amtsgericht Halle
49.	Amtsgericht Hamm
50.	Amtsgericht Hattingen
51.	Amtsgericht Heinsberg
52.	Amtsgerichts Herne-Wanne
53.	Amtsgericht Höxter
54.	Amtsgericht Ibbenbüren
55.	Amtsgericht Iserlohn
56.	Amtsgericht Jülich
57.	Amtsgericht Kamen
58.	Amtsgericht Kempen
59.	Amtsgericht Kerpen
60.	Amtsgericht Kleve
61.	Amtsgericht Köln
62.	Amtsgericht Königswinter
63.	Amtsgericht Krefeld
64.	Amtsgericht Langenfeld
65.	Amtsgericht Lemgo
66.	Amtsgericht Lennestadt
67.	Amtsgericht Leverkusen
68.	Amtsgericht Lüdenscheid
69.	Amtsgericht Lüdinghausen
70.	Amtsgericht Lünen
71.	Amtsgericht Marl
72.	Amtsgericht Marsberg
73.	Amtsgericht Medebach
74.	Amtsgericht Meinerzhagen
75.	Amtsgericht Menden
76.	Amtsgericht Meschede
77.	Amtsgericht Mettmann
78.	Amtsgericht Minden
79.	Amtsgericht Mönchengladbach
80.	Amtsgericht Mönchengladbach-Rheydt
81.	Amtsgericht Moers
82.	Amtsgericht Monschau
83.	Amtsgericht Mülheim an der Ruhr

84.	Amtsgericht Münster
85.	Amtsgericht Nettetal
86.	Amtsgericht Neuss
87.	Amtsgericht Oberhausen
88.	Amtsgericht Olpe
89.	Amtsgericht Paderborn
90.	Amtsgericht Plettenberg
91.	Amtsgericht Rahden
92.	Amtsgericht Ratingen
93.	Amtsgericht Remscheid
94.	Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück
95.	Amtsgericht Rheinbach
96.	Amtsgericht Rheinberg
97.	Amtsgericht Rheine
98.	Amtsgericht Schleiden
99.	Amtsgericht Schmallenberg
100.	Amtsgericht Schwelm
101.	Amtsgericht Schwerte
102.	Amtsgericht Siegburg
103.	Amtsgericht Siegen
104.	Amtsgericht Soest
105.	Amtsgericht Solingen
106.	Amtsgericht Steinfurt
107.	Amtsgericht Tecklenburg
108.	Amtsgericht Unna
109.	Amtsgericht Velbert
110.	Amtsgericht Viersen
111.	Amtsgericht Waldbröl
112.	Amtsgericht Warendorf
113.	Amtsgericht Warstein
114.	Amtsgericht Wermelskirchen
115.	Amtsgericht Wetter
116.	Amtsgericht Werl
117.	Amtsgericht Wesel
118.	Amtsgericht Wipperfürth
119.	Amtsgericht Witten
120.	Amtsgericht Wuppertal

65

**Gesetz
zur anteiligen Entschuldung von Kommunen
im Land Nordrhein-Westfalen
(Altschuldenentlastungsgesetz
Nordrhein-Westfalen – ASEG NRW)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Gesetz
zur anteiligen Entschuldung von Kommunen
im Land Nordrhein-Westfalen
(Altschuldenentlastungsgesetz
Nordrhein-Westfalen – ASEG NRW)**

Vom 10. Juli 2025

§ 1

**Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit
der Kommunen**

Die Maßnahmen nach diesem Gesetz dienen der anteiligen Entschuldung von Kommunen, die in ihren Kernhaushalten über übermäßige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung verfügen. Nicht hiervon umfasst sind Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung, die tatsächlich zur Finanzierung von Investitionen verwendet wurden oder die zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Kommune nicht erforderlich waren. Mithilfe der anteiligen Entschuldung durch das Land Nordrhein-Westfalen erhalten die Kommunen die Möglichkeit, die verbleibenden Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zu steuern und selbstständig zurückzuführen. Dadurch wird die finanzielle Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt und ein materieller Haushaltsausgleich gefördert.

§ 2

Grundsätze

(1) Das Land Nordrhein-Westfalen organisiert im Zusammenwirken mit den teilnehmenden Kommunen eine anteilige Entschuldung von deren Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung im Wege der Schuldübernahme. Dabei finden gleiche, für alle Kommunen geltende Maßstäbe Anwendung.

(2) Die Teilnahme an dem Landesprogramm zur anteiligen Entschuldung von kommunalen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung ist freiwillig und erfolgt auf Antrag der antragsberechtigten Kommunen.

(3) Die anteilige Entschuldung durch das Land erfolgt nur, soweit die Kommune ihre Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung nicht aufgrund eigener Finanzkraft selbstständig zurückführen kann.

(4) Kommunen im Sinne dieses Gesetzes sind die Gemeinden und Kreise im Land Nordrhein-Westfalen.

§ 3

Übermäßige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung

(1) Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung im Sinne dieses Gesetzes setzen sich aus den Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung nach § 89 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung, aus zur Sicherstellung der Liquidität abgegebenen Wertpapieren in einem kommunalen Kernhaushalt sowie aus Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit einem kommunalseitig geführten Cash-Pool zusammen.

(2) Von dem Bestand an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung sind der Bestand der liquiden Mittel in dem kommunalen Kernhaushalt sowie Forderungen aus einem kommunalseitig geführten Cash-Pool zum Stichtag 31. Dezember 2023 in Abzug zu bringen. Dies gilt nicht für liquide Mittel aus Stiftungsvermögen sowie aus zweckgebundenen Eigenmitteln, Zuweisungen und Einzahlungen, die der Kommune aufgrund einseitiger rechtlicher Bindungen durch Dritte nicht zur selbstständigen

Rückführung von Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zur Verfügung standen.

(3) Als übermäßig im Sinne dieses Gesetzes gilt der Bestand von Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung in einer Kommune dann, wenn dieser eine Pro-Kopf-Veranschuldung von 100 Euro je Einwohnerin und Einwohner nach Abzug des Betrages aus Absatz 2 übersteigt. Maßgeblich ist der Bestand an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zum Stichtag 31. Dezember 2023 sowie die amtliche, von dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen auf diesen Stichtag fortgeschriebene Bevölkerungszahl, die in der Anlage zu diesem Gesetz festgesetzt ist.

(4) Nicht antragsberechtigt sind Gemeinden, bei denen nach Maßgabe der jeweiligen Gemeindefinanzierungsgesetze die Steuerkraftmesszahl die Ausgangsmesszahl in den Gemeindefinanzierungsgesetzen der Jahre 2016 bis 2025 stets um mehr als 200 Prozent überstiegen hat. Für Kreise gilt Satz 1 im Hinblick auf die Umlagekraftmesszahl.

§ 4

Antragsverfahren

(1) Eine antragsberechtigte Kommune stellt den Antrag auf Teilnahme an dem anteiligen Entschuldungsprogramm bei der landeseigenen Förderbank, der NRW.BANK. Der Antrag ist zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens bis zum Ablauf des 30. November 2025 zu stellen. Das Antragsverfahren erfolgt auf elektronischem Wege. In dem Antrag sind die Summe der Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung auf der Grundlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und der ermittelte Abzugsbetrag nach § 3 Absatz 2 anzugeben. Sofern im Zuge der Prüfung nach Absatz 3 Korrekturen an den im festgestellten Jahresabschluss ausgewiesenen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung oder dem Abzugsbetrag erforderlich sind, ist im Antrag der bereinigte Betrag anzugeben. Wurde der Jahresabschluss noch nicht festgestellt, ist der bestätigte Entwurf nach § 95 Absatz 5 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen heranzuziehen.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. der Beschluss des Rates oder des Kreistages über das Ausüben der Antragsberechtigung und die damit verbundene Beauftragung zur Stellung des Antrages nach Absatz 1,
2. der festgestellte Jahresabschluss oder hilfsweise der bestätigte Entwurf desselben zum 31. Dezember 2023 sowie
3. der Prüfungsbericht nach Absatz 3.

(3) Die antragstellende Kommune beauftragt auf eigene Rechnung eine Wirtschaftsprüferin, einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einer Überprüfung

1. des Bestandes an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung im Hinblick auf die Richtigkeit von Ansatz und Ausweis in dem, dem Antrag zugrundeliegenden Jahresabschluss nach Absatz 2 Nummer 2 und
2. des Abzugsbetrages nach § 3 Absatz 2 auf Vollständigkeit und Richtigkeit.

Als Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung können nur solche im Antrag angesetzt werden, denen eine Drittbestätigung der kapitalgebenden Stelle zugrunde liegt. Buchhalterische Vorgänge, denen keine Drittbestätigung nach Satz 2 zugeordnet werden kann, sind in dem zu erstellenden Prüfungsbericht aufzuführen und von der im Jahresabschluss festgestellten Bilanzposition in Abzug zu bringen. Seitens der beauftragenden Kommune ist sicherzustellen, dass die Prüfung rechtzeitig innerhalb der Antragsfrist nach Absatz 1 Satz 2 durchgeführt und abgeschlossen wird. Sofern das für Kommunales zuständige Ministerium in Abstimmung mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium Vorgaben im Hinblick auf Darstellung und Umfang der Prüfungsberichterstattung trifft, sind diese verbindlich durch die Prüfenden anzuwenden.

(4) Nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Satz 2 ist die elektronische Meldung des übernahmefähigen Volumens

an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zum 31. Dezember 2023 bei der NRW.BANK durch die antragstellende Kommune unverzüglich, spätestens jedoch bis zu einem Monat nach Ablauf der Frist, an den gegenwärtigen Ist-Zustand anzupassen. Der Meldung des so aktualisierten Bestandes sind beizufügen:

1. eine Benennung des vollständigen aktuellen Darlehensbestandes in Form einer Aufzählung sämtlicher im Bestand der antragstellenden Kommune vorhandenen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung im Sinne des Absatzes 3; dabei können Kredite, deren Laufzeit bei Ablauf der Frist für die Meldung des aktualisierten Bestandes weniger als drei Monate beträgt, als konsolidierter Sammelposten unter Angabe des Gesamtbetrages und des durchschnittlichen Zinssatzes angemeldet werden, und
2. die darlehensbegründenden Unterlagen nebst Zins- und Tilgungsplänen zum gemeldeten Bestand nach Nummer 1.

Der aktualisierte Darlehensbestand und die beizufügenden Unterlagen sind so zu pflegen, dass nach Aufforderung des für Finanzen zuständigen Ministeriums innerhalb von fünf Werktagen die Übernahmefähigkeit gewährleistet werden kann. Für den aktualisierten Darlehensbestand ist durch die antragstellende Kommune elektronisch zu erklären, welche Gläubigerin oder welcher Gläubiger zu einer Übernahme der Schuld durch das Land Nordrhein-Westfalen bereit ist.

(5) Verzichtet eine antragsberechtigte Kommune auf die Stellung eines Antrages innerhalb der Frist nach Absatz 1 Satz 2, so erhöht sich das übernahmefähige Schuldenpotential der Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung für die übrigen antragsberechtigten Kommunen.

§ 5

Umfang der anteiligen Entschuldung

(1) Allen teilnehmenden Kommunen wird ein einheitlicher Anteilswert ihrer übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung durch das Land Nordrhein-Westfalen abgenommen (Mindestentschuldung). Sofern eine teilnehmende Kommune nach der Mindestentschuldung übermäßige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung von mehr als 1 500 Euro je Einwohnerin und Einwohner aufweist, werden die übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung oberhalb dieses Betrages vollständig von dem Land Nordrhein-Westfalen übernommen (Spitzenentschuldung).

(2) Die Ermittlung des Mindestentschuldungstarifes erfolgt auf der Grundlage eines iterativen Rechenverfahrens, bei dem sichergestellt wird, dass alle nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. in Summe werden 50 Prozent der von den teilnehmenden Kommunen insgesamt als übermäßig anerkannten Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung in die Schuld des Landes Nordrhein-Westfalen übernommen,
2. bei keiner teilnehmenden Kommune unterschreitet der Anteilswert der zu übernehmenden übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung den Mindestentschuldungstarif und
3. bei keiner teilnehmenden Kommune übersteigt das nach der Übernahme verbleibende Gesamtvolumen der übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung den Höchstbetrag von 1 500 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

§ 6

Bewilligungsverfahren

(1) Das für Kommunales zuständige Ministerium und das für Finanzen zuständige Ministerium werden unverzüglich nach Ablauf der Frist in § 4 Absatz 1 Satz 2 durch die NRW.BANK über die eingegangenen Anträge, einschließlich der darin enthaltenen Daten, informiert und erhalten diese zu ihrer Verfügung. Das für Finanzen zuständige Ministerium, das für Kommunales zuständige Ministerium und die NRW.BANK sind berechtigt, über die im Rahmen des Antragsverfahrens übermittelten Daten hinaus, jederzeit weitere, die beantragte Übernahme

von Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung betreffende Informationen und Unterlagen bei den teilnehmenden Kommunen anzufordern.

(2) Das Gesamtvolumen zum Abbau übermäßiger kommunaler Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung und die auf die einzelnen Kommunen entfallenden Übernahmebeträge werden durch das für Kommunales zuständige Ministerium berechnet und veröffentlicht.

(3) Der Umfang der Übernahme von übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung nach diesem Gesetz wird für jede Kommune durch Bewilligungsbescheid der zuständigen Bezirksregierung im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen festgesetzt. Aus dem Bewilligungsbescheid ergibt sich auf Grundlage der Berechnung nach Absatz 2 für die jeweilige Kommune die Höhe des Betrages der durch das Land Nordrhein-Westfalen zu übernehmenden übermäßigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung. Ein Rechtsbehelf gegen den Bewilligungsbescheid hat keine aufschiebende Wirkung.

(4) Das für Kommunales zuständige Ministerium kann bestimmen, dass die Bescheide an die teilnehmenden Kommunen unmittelbar durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen als elektronische Verwaltungsakte nach § 3a Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe b des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1999 (GV. NRW. S. 602) in der jeweils geltenden Fassung zuzuleiten sind. Als sicherer Übermittlungsweg für die elektronische Kommunikation wird das besondere elektronische Behördenpostfach verwendet.

(5) Sofern die teilnehmende Kommune im Rahmen des Antragsverfahrens unzutreffende Angaben macht oder sonstige Pflichten nach diesem Gesetz oder solche, die sich aus dem Bewilligungsbescheid ergeben, verletzt, kann der Bewilligungsbescheid, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen werden. Ohne Rechtsgrund erbrachte Leistungen sind zu erstatten. Im Übrigen finden die §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW Anwendung.

(6) Einen Monat nach Ablauf der Frist nach § 4 Absatz 1 Satz 2 übermittelt die NRW.BANK dem für Finanzen zuständigen Ministerium die elektronisch erfassten Daten nach § 4 Absatz 4.

§ 7

Verfahren der Schuldübernahme durch das Land Nordrhein-Westfalen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium löst die kommunalen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung in Höhe der in den jeweiligen Bewilligungsbescheiden festgesetzten Übernahmebeträge ab der Bestandskraft des jeweiligen Bewilligungsbescheides in einem Zeitraum bis spätestens zum 31. Dezember 2026 bei den Gläubigerinnen und Gläubigern der teilnehmenden Kommunen ab. Bis zum tatsächlichen Zeitpunkt der Übernahme verbleiben die Zins- und Tilgungspflichten bei der Kommune. Die so durch das Land Nordrhein-Westfalen übernommenen Verbindlichkeiten sind im Zeitpunkt der Übernahme erfolgsneutral gegen die allgemeine Rücklage eigenkapitalerhöhend zu verrechnen.

(2) Die Entschuldung erfolgt in Form der Schuldübernahme nach § 415 Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Sie wird dadurch bewirkt, dass das Land im Wege des Schuldnerwechsels in den bestehenden Kreditvertrag mit der Gläubigerin oder dem Gläubiger eintritt und die Kommune vollständig aus den Verpflichtungen dieses Vertrags entlassen wird.

(3) Die durch das Land Nordrhein-Westfalen den teilnehmenden Kommunen abzunehmenden Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung müssen aus tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zum Zeitpunkt der Übernahme ablösbar sein. Übernahmefähig sind nur vollständige, ungeteilte Verträge über Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung. Die teilnehmenden Kommunen stellen in ihrer Verantwortung sicher, dass eine Ablösung durch das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe des festgesetzten Betrages rechtlich und tatsächlich möglich ist. Sie holen die Genehmigung der Gläubigerin oder des Gläubigers zu dem Schuldnerwechsel ein und tragen die

hierfür gegebenenfalls anfallenden Gebühren und Kosten. Die Entscheidung über die Auswahl der den abzulösenden Verbindlichkeiten zugrundeliegenden Verträge trifft das für Finanzen zuständige Ministerium unter Berücksichtigung des Volumens, der durchschnittlichen Laufzeit, der Verzinsung sowie der strategischen Anforderungen der Kommunen hinsichtlich angestrebter Gläubiger- und Limitpositionen. Ein Anspruch der Kommune auf Auswahl eines bestimmten Kreditvertrags besteht nicht.

(4) Die Ablösung von Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung erfolgt nach den Voraussetzungen des Absatzes 3 maximal bis zur Höhe des im Bewilligungsbescheid festgesetzten Betrages. Sofern der durch Bewilligungsbescheid festgesetzte Betrag den zum Zeitpunkt der Übernahme tatsächlich vorhandenen Bestand an Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung übersteigt, erfolgt eine Ablösung nur bis zu dem vorhandenen Bestand.

(5) Sofern wegen der Voraussetzung nach Absatz 3 Satz 2 eine vollständige Übernahme bis zur Höhe des im Bewilligungsbescheid festgesetzten Betrages nicht möglich ist, ist die Frist nach Absatz 1 Satz 1 für diesen Teil nicht maßgeblich. Soweit die teilnehmende Kommune nachträglich, insbesondere durch Umschuldung, eine Übernahmefähigkeit herstellt und spätestens bis zum 31. Dezember 2028 gegenüber dem für Finanzen zuständigen Ministerium anzeigt, hat dieses zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Rahmen einer Kreditablösung eine Restschuldübernahme durchzuführen. Soweit die Voraussetzungen des Satzes 2 nicht innerhalb der Frist nach Satz 2 geschaffen werden, ist eine Restschuldübernahme ausgeschlossen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Kommunal begebene Inhaberwertpapiere zur Liquiditätssicherung können erst nach vollständiger Rückzahlung und anschließender Refinanzierung in einer nicht als Inhaberwertpapier verbrieften Form übernommen werden. Die entsprechenden Inhaberwertpapiere sind auf Kosten der teilnehmenden Kommune rechtzeitig abzulösen oder umzuwandeln, um die notwendigen Voraussetzungen nach Satz 1 zu schaffen. Gleiches gilt für Kredite, die auf eine andere als Euro lautende Währung abgeschlossen wurden, sowie für Kredite, die durch ein konnexes Zinsderivat abgesichert sind. Sofern wegen der Voraussetzungen nach den Sätzen 1 bis 3 eine vollständige Übernahme bis zur Höhe des im Bewilligungsbescheid festgesetzten Betrages nicht möglich ist, ist die Frist nach Absatz 1 Satz 1 für diesen Teil nicht maßgeblich. Absatz 5 Satz 2 bis 4 gilt in diesem Fall entsprechend.

§ 8

Ausführung des Gesetzes

Das für Kommunales zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsvorschrift nähere Bestimmungen zur Durchführung dieses Gesetzes zu erlassen.

§ 9

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juli 2025

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Für die Ministerin für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Der Minister der Justiz

Dr. Benjamin L i m b a c h

Der Minister der Finanzen

Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Die Ministerin für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung

Ina S c h a r r e n b a c h

Anlage**Amtliche, von dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen auf den 31. Dezember 2023 fortgeschriebene, Bevölkerungszahl**

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05111000	Düsseldorf	631.217
05112000	Duisburg	503.707
05113000	Essen	586.608
05114000	Krefeld	228.550
05116000	Mönchengladbach	268.943
05117000	Mülheim an der Ruhr	173.255
05119000	Oberhausen	211.099
05120000	Remscheid	112.970
05122000	Solingen	161.545
05124000	Wuppertal	358.938
05154001	Kreis Kleve, Kreisverwaltung	321.491
05154004	Bedburg-Hau	13.607
05154008	Emmerich am Rhein, Stadt	32.157
05154012	Geldern, Stadt	34.604
05154016	Goch, Stadt	35.520
05154020	Issum	12.391
05154024	Kalkar, Stadt	14.199
05154028	Kerken	12.860
05154032	Kevelaer, Stadt	28.466
05154036	Kleve, Stadt	53.458
05154040	Kranenburg	11.380
05154044	Rees, Stadt	21.452
05154048	Rheurdt	6.544
05154052	Straelen, Stadt	16.544
05154056	Uedem	8.454
05154060	Wachtendonk	8.292

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05154064	Weeze	11.563
05158001	Kreis Mettmann, Kreisverwaltung	490.251
05158004	Erkrath, Stadt	43.801
05158008	Haan, Stadt	30.558
05158012	Heiligenhaus, Stadt	26.590
05158016	Hilden, Stadt	55.689
05158020	Langenfeld (Rhld.), Stadt	59.908
05158024	Mettmann, Stadt	39.197
05158026	Monheim am Rhein	43.524
05158028	Ratingen, Stadt	87.513
05158032	Velbert, Stadt	82.462
05158036	Wülfrath, Stadt	21.009
05162001	Rhein-Kreis Neuss, Kreisverwaltung	458.722
05162004	Dormagen, Stadt	65.170
05162008	Grevenbroich, Stadt	64.588
05162012	Jüchen	24.141
05162016	Kaarst, Stadt	44.208
05162020	Korschenbroich, Stadt	34.324
05162022	Meerbusch, Stadt	57.440
05162024	Neuss, Stadt	155.163
05162028	Rommerskirchen	13.688
05166001	Kreis Viersen, Kreisverwaltung	302.885
05166004	Brüggen	16.178
05166008	Grefrath	15.069
05166012	Kempen, Stadt	34.888
05166016	Nettetal, Stadt	43.425
05166020	Niederkrüchten	15.284
05166024	Schwalmtal	19.248
05166028	Tönisvorst, Stadt	29.331
05166032	Viersen, Stadt	79.250

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05166036	Willich, Stadt	50.212
05170001	Kreis Wesel, Kreisverwaltung	467.511
05170004	Alpen	12.870
05170008	Dinslaken, Stadt	67.949
05170012	Hamminkeln, Stadt	27.450
05170016	Hünxe	13.980
05170020	Kamp-Lintfort, Stadt	38.731
05170024	Moers, Stadt	105.606
05170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	28.110
05170032	Rheinberg, Stadt	31.096
05170036	Schermbeck	13.565
05170040	Sonsbeck	8.819
05170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	36.282
05170048	Wesel, Stadt	61.277
05170052	Xanten, Stadt	21.776
05314000	Bonn	335.789
05315000	Köln	1.087.353
05316000	Leverkusen	166.414
05334001	Städteregion Aachen, Regionalverwaltung	564.444
05334002	Aachen, kreisfreie Stadt	252.769
05334004	Alsdorf, Stadt	48.518
05334008	Baesweiler, Stadt	28.005
05334012	Eschweiler, Stadt	56.132
05334016	Herzogenrath, Stadt	47.071
05334020	Monschau, Stadt	11.895
05334024	Roetgen	8.765
05334028	Simmerath	15.955
05334032	Stolberg (Rhld.), Stadt	56.584
05334036	Würselen, Stadt	38.750
05358001	Kreis Düren, Kreisverwaltung	272.666

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05358004	Aldenhoven	14.231
05358008	Düren, Stadt	93.323
05358012	Heimbach, Stadt	4.349
05358016	Hürtgenwald	8.993
05358020	Inden	7.608
05358024	Jülich, Stadt	33.359
05358028	Kreuzau	17.756
05358032	Langerwehe	14.467
05358036	Linnich, Stadt	13.056
05358040	Merzenich	10.409
05358044	Nideggen, Stadt	10.397
05358048	Niederzier	14.493
05358052	Nörvenich	11.387
05358056	Titz	8.886
05358060	Vettweiß	9.952
05362001	Rhein-Erft-Kreis, Kreisverwaltung	480.989
05362004	Bedburg, Stadt	24.645
05362008	Bergheim, Stadt	62.172
05362012	Brühl, Stadt	45.515
05362016	Elsdorf, Stadt	21.993
05362020	Erfstadt, Stadt	50.018
05362024	Frechen, Stadt	53.128
05362028	Hürth, Stadt	61.252
05362032	Kerpen, Stadt	67.627
05362036	Pulheim, Stadt	56.284
05362040	Wesseling, Stadt	38.355
05366001	Kreis Euskirchen, Kreisverwaltung	199.828
05366004	Bad Münstereifel, Stadt	17.568
05366008	Blankenheim	8.435
05366012	Dahlem	4.457

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05366016	Euskirchen, Stadt	60.256
05366020	Hellenthal	8.013
05366024	Kall	11.089
05366028	Mechernich, Stadt	28.900
05366032	Nettersheim	8.676
05366036	Schleiden, Stadt	13.233
05366040	Weilerswist	17.826
05366044	Zülpich, Stadt	21.375
05370001	Kreis Heinsberg, Kreisverwaltung	262.656
05370004	Erkelenz, Stadt	44.572
05370008	Gangelt	13.388
05370012	Geilenkirchen, Stadt	28.399
05370016	Heinsberg, Stadt	43.620
05370020	Hückelhoven, Stadt	41.594
05370024	Selfkant	10.626
05370028	Übach-Palenberg, Stadt	24.354
05370032	Waldfeucht	9.257
05370036	Wassenberg, Stadt	19.541
05370040	Wegberg, Stadt	27.305
05374001	Oberbergischer Kreis, Kreisverwaltung	275.735
05374004	Bergneustadt, Stadt	18.621
05374008	Engelskirchen	19.637
05374012	Gummersbach, Stadt	51.845
05374016	Hückeswagen, Stadt	14.770
05374020	Lindlar	21.836
05374024	Marienheide	13.681
05374028	Morsbach	10.262
05374032	Nümbrecht	17.700
05374036	Radevormwald, Stadt	22.159
05374040	Reichshof	18.728

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05374044	Waldbröl, Stadt	20.081
05374048	Wiehl	25.356
05374052	Wipperfürth, Stadt	21.059
05378001	Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreisverwaltung	286.778
05378004	Bergisch Gladbach, Stadt	112.660
05378008	Burscheid, Stadt	19.005
05378012	Kürten	20.158
05378016	Leichlingen (Rhld.), Stadt	28.202
05378020	Odenthal	15.385
05378024	Overath, Stadt	27.489
05378028	Rösrath, Stadt	29.206
05378032	Wermelskirchen, Stadt	34.673
05382001	Rhein-Sieg-Kreis, Kreisverwaltung	610.537
05382004	Alfter	23.949
05382008	Bad Honnef, Stadt	26.025
05382012	Bornheim, Stadt	49.074
05382016	Eitorf	19.269
05382020	Hennef (Sieg), Stadt	48.190
05382024	Königswinter, Stadt	41.642
05382028	Lohmar, Stadt	30.894
05382032	Meckenheim, Stadt	25.031
05382036	Much	14.953
05382040	Neunkirchen-Seelscheid	20.305
05382044	Niederkassel, Stadt	39.424
05382048	Rheinbach, Stadt	27.238
05382052	Ruppichteroth	10.619
05382056	Sankt Augustin, Stadt	56.692
05382060	Siegburg, Stadt	42.025
05382064	Swisttal	18.780
05382068	Troisdorf, Stadt	76.503

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05382072	Wachtberg	20.670
05382076	Windeck	19.254
05512000	Bottrop	118.705
05513000	Gelsenkirchen	265.885
05515000	Münster	322.904
05554001	Kreis Borken, Kreisverwaltung	381.627
05554004	Ahaus, Stadt	40.580
05554008	Bocholt, Stadt	72.409
05554012	Borken, Stadt	43.589
05554016	Gescher, Stadt	17.467
05554020	Gronau (Westf.), Stadt	50.151
05554024	Heek	8.788
05554028	Heiden	8.603
05554032	Isselburg, Stadt	11.260
05554036	Legden	7.614
05554040	Raesfeld	11.859
05554044	Reken	15.488
05554048	Rhede, Stadt	19.837
05554052	Schöppingen	6.807
05554056	Stadtlohn, Stadt	20.791
05554060	Südlohn	9.738
05554064	Velen, Stadt	13.381
05554068	Vreden, Stadt	23.265
05558001	Kreis Coesfeld, Kreisverwaltung	226.160
05558004	Ascheberg	16.012
05558008	Billerbeck, Stadt	11.790
05558012	Coesfeld, Stadt	37.259
05558016	Dülmen, Stadt	47.937
05558020	Havixbeck	12.215
05558024	Lüdinghausen, Stadt	25.306

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05558028	Nordkirchen	10.534
05558032	Nottuln	19.921
05558036	Olfen, Stadt	13.298
05558040	Rosendahl	10.897
05558044	Senden	20.991
05562001	Kreis Recklinghausen, Kreisverwaltung	620.646
05562004	Castrop-Rauxel, Stadt	74.370
05562008	Datteln, Stadt	35.200
05562012	Dorsten, Stadt	76.842
05562014	Gladbeck, Stadt	75.799
05562016	Haltern am See, Stadt	38.033
05562020	Herten, Stadt	62.204
05562024	Marl, Stadt	85.001
05562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	31.918
05562032	Recklinghausen, Stadt	111.693
05562036	Waltrop, Stadt	29.586
05566001	Kreis Steinfurt, Kreisverwaltung	459.195
05566004	Altenberge	10.438
05566008	Emsdetten, Stadt	36.556
05566012	Greven, Stadt	38.321
05566016	Hörstel, Stadt	21.049
05566020	Hopsten	7.843
05566024	Horstmar, Stadt	7.605
05566028	Ibbenbüren, Stadt	52.688
05566032	Ladbergen	7.036
05566036	Laer	6.930
05566040	Lengerich, Stadt	23.067
05566044	Lienen	8.827
05566048	Lotte	14.476
05566052	Metelen	6.577

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05566056	Mettingen	12.041
05566060	Neuenkirchen	14.096
05566064	Nordwalde	9.853
05566068	Ochtrup, Stadt	20.392
05566072	Recke	11.410
05566076	Rheine, Stadt	78.220
05566080	Saerbeck	7.102
05566084	Steinfurt, Stadt	35.456
05566088	Tecklenburg, Stadt	9.398
05566092	Westerkappeln	11.464
05566096	Wettringen	8.350
05570001	Kreis Warendorf, Kreisverwaltung	283.295
05570004	Ahlen, Stadt	53.278
05570008	Beckum, Stadt	37.452
05570012	Beelen	6.217
05570016	Drensteinfurt, Stadt	15.865
05570020	Ennigerloh, Stadt	19.812
05570024	Everswinkel	9.797
05570028	Oelde, Stadt	29.783
05570032	Ostbevern	11.690
05570036	Sassenberg, Stadt	14.566
05570040	Sendenhorst, Stadt	13.760
05570044	Telgte, Stadt	20.301
05570048	Wadersloh	12.927
05570052	Warendorf, Stadt	37.847
05711000	Bielefeld	338.410
05754001	Kreis Gütersloh, Kreisverwaltung	372.938
05754004	Borgholzhausen, Stadt	9.252
05754008	Gütersloh, Stadt	102.464
05754012	Halle (Westf.), Stadt	22.198

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05754016	Harsewinkel, Stadt	26.126
05754020	Herzebrock-Clarholz	16.290
05754024	Langenberg	8.767
05754028	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	49.849
05754032	Rietberg, Stadt	30.461
05754036	Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	27.520
05754040	Steinhagen	20.885
05754044	Verl, Stadt	25.691
05754048	Versmold, Stadt	22.242
05754052	Werther (Westf.), Stadt	11.193
05758001	Kreis Herford, Kreisverwaltung	253.136
05758004	Bünde, Stadt	45.891
05758008	Enger, Stadt	20.724
05758012	Herford, Stadt	67.265
05758016	Hiddenhausen	19.896
05758020	Kirchlengern	16.517
05758024	Löhne, Stadt	40.162
05758028	Rödinghausen	9.889
05758032	Spenge, Stadt	14.389
05758036	Vlotho, Stadt	18.403
05762001	Kreis Höxter, Kreisverwaltung	141.883
05762004	Bad Driburg, Stadt	19.496
05762008	Beverungen, Stadt	13.277
05762012	Borgentreich, Stadt	8.673
05762016	Brakel, Stadt	16.310
05762020	Höxter, Stadt	28.749
05762024	Marienmünster, Stadt	4.913
05762028	Nieheim, Stadt	6.189
05762032	Steinheim, Stadt	12.643
05762036	Warburg, Stadt	23.336

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05762040	Willebadessen, Stadt	8.297
05766001	Kreis Lippe, Kreisverwaltung	349.781
05766004	Augustdorf	10.314
05766008	Bad Salzuflen, Stadt	54.585
05766012	Barntrup, Stadt	8.522
05766016	Blomberg, Stadt	15.417
05766020	Detmold, Stadt	74.835
05766024	Dörentrup	7.682
05766028	Extertal	10.954
05766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	17.329
05766036	Kalletal	13.391
05766040	Lage, Stadt	35.311
05766044	Lemgo, Stadt	40.531
05766048	Leopoldshöhe	16.658
05766052	Lügde, Stadt	9.298
05766056	Oerlinghausen, Stadt	17.287
05766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	8.276
05766064	Schlangen	9.391
05770001	Kreis Minden-Lübbecke, Kreisverwaltung	316.196
05770004	Bad Oeynhausen, Stadt	49.566
05770008	Espelkamp, Stadt	25.294
05770012	Hille	15.731
05770016	Hüllhorst	13.189
05770020	Lübbecke, Stadt	26.161
05770024	Minden, Stadt	83.100
05770028	Petershagen, Stadt	25.226
05770032	Porta Westfalica, Stadt	36.300
05770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	12.456
05770040	Rahden, Stadt	15.859
05770044	Stemwede	13.314

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05774001	Kreis Paderborn, Kreisverwaltung	315.400
05774004	Altenbeken	9.190
05774008	Bad Lippspringe, Stadt	16.884
05774012	Borchen	13.706
05774016	Büren, Stadt	21.524
05774020	Delbrück, Stadt	32.874
05774024	Hövelhof	16.704
05774028	Lichtenau, Stadt	10.940
05774032	Paderborn, Stadt	155.749
05774036	Salzkotten, Stadt	25.283
05774040	Bad Wünnenberg, Stadt	12.546
05911000	Bochum	366.385
05913000	Dortmund	595.471
05914000	Hagen	190.490
05915000	Hamm	180.761
05916000	Herne	157.896
05954001	Ennepe-Ruhr-Kreis, Kreisverwaltung	324.946
05954004	Breckerfeld, Stadt	9.120
05954008	Ennepetal, Stadt	30.502
05954012	Gevelsberg, Stadt	31.198
05954016	Hattingen, Stadt	54.620
05954020	Herdecke, Stadt	22.665
05954024	Schwelm, Stadt	28.711
05954028	Sprockhövel, Stadt	24.956
05954032	Wetter (Ruhr), Stadt	27.450
05954036	Witten, Stadt	95.724
05958001	Hochsauerlandkreis, Kreisverwaltung	261.774
05958004	Arnsberg, Stadt	74.206
05958008	Bestwig	10.677
05958012	Brilon, Stadt	25.624

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05958016	Eslohe (Sauerland)	8.953
05958020	Hallenberg, Stadt	4.488
05958024	Marsberg, Stadt	19.704
05958028	Medebach, Stadt	8.108
05958032	Meschede, Stadt	29.988
05958036	Olsberg, Stadt	14.481
05958040	Schmallenberg, Stadt	24.970
05958044	Sundern (Sauerland), Stadt	27.783
05958048	Winterberg, Stadt	12.792
05962001	Märkischer Kreis, Kreisverwaltung	408.579
05962004	Altena, Stadt	16.315
05962008	Balve, Stadt	11.108
05962012	Halver, Stadt	16.284
05962016	Hemer, Stadt	33.916
05962020	Herscheid	6.917
05962024	Iserlohn, Stadt	92.404
05962028	Kierspe, Stadt	16.320
05962032	Lüdenscheid, Stadt	71.463
05962036	Meinerzhagen, Stadt	20.653
05962040	Menden (Sauerland), Stadt	52.177
05962044	Nachrodt-Wiblingwerde	6.418
05962048	Neuenrade, Stadt	11.835
05962052	Plettenberg, Stadt	24.788
05962056	Schalksmühle	10.219
05962060	Werdohl, Stadt	17.762
05966001	Kreis Olpe, Kreisverwaltung	134.332
05966004	Attendorn, Stadt	24.452
05966008	Drolshagen, Stadt	11.766
05966012	Finnentrop	16.872
05966016	Kirchhundem	11.402

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05966020	LenneStadt, Stadt	25.275
05966024	Olpe, Stadt	24.961
05966028	Wenden	19.604
05970001	Kreis Siegen-Wittgenstein, Kreisverwaltung	276.625
05970004	Bad Berleburg, Stadt	18.833
05970008	Burbach	15.217
05970012	Erndtebrück	6.973
05970016	Freudenberg, Stadt	17.738
05970020	Hilchenbach, Stadt	14.714
05970024	Kreuztal, Stadt	31.251
05970028	Bad Laasphe, Stadt	13.504
05970032	Netphen, Stadt	23.430
05970036	Neunkirchen	12.909
05970040	Siegen, Stadt	102.114
05970044	Wilnsdorf	19.942
05974001	Kreis Soest, Kreisverwaltung	306.674
05974004	Anröchte	10.397
05974008	Bad Sassendorf	12.528
05974012	Ense	12.398
05974016	Erwitte, Stadt	16.484
05974020	Geseke, Stadt	21.749
05974024	Lippetal	12.075
05974028	Lippstadt, Stadt	69.047
05974032	Möhnesee	12.106
05974036	Rüthen, Stadt	11.049
05974040	Soest, Stadt	48.250
05974044	Warstein, Stadt	24.464
05974048	Welper	11.976
05974052	Werl, Stadt	30.938
05974056	Wickede (Ruhr)	13.213

AGS	Kommune	Amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2023
05978001	Kreis Unna, Kreisverwaltung	399.447
05978004	Bergkamen, Stadt	49.475
05978008	Bönen	18.239
05978012	Fröndenberg/Ruhr, Stadt	20.450
05978016	Holzwickede	17.587
05978020	Kamen, Stadt	43.001
05978024	Lünen, Stadt	87.266
05978028	Schwerte, Stadt	46.571
05978032	Selm, Stadt	26.767
05978036	Unna, Stadt	60.223
05978040	Werne, Stadt	29.868

– GV. NRW. 2025 S. 653

Einzelpreis dieser Nummer 6,20 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
 Bezugspreis halbjährlich 55,- Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 100,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
 bezug müssen bis zum 30.4. bzw. 31.10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31.10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
 Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i.S.d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher
 Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen
 möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten
 vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium des Innern NRW, Friedrichstr. 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Grunewaldstraße 59, 41066 Mönchengladbach

ISSN 0177-5359